



---

## **Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik**

23. Sitzung (öffentlich)

18. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16:05 Uhr

Vorsitz: Ute Koczy (Grüne)

Stenograf: Uwe Scheidel

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:** Seite

**1 Aktuelle Viertelstunde** **2**

Thema: Konzepte der Landesregierung zur künftigen EU-Strukturpolitik  
- Berichts-anforderung der CDU-Fraktion

Dem Bericht durch Minister Kuschke schließt sich eine Aussprache an.

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/2800

in Verbindung damit:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen**

**Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003**

5

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/2802

Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im

- a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident
- b) Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Der Ausschuss nimmt die Einführung in die ihn betreffenden Positionen der Einzelpläne 02 - Ministerpräsident - und den Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - entgegen. Eine kurze Aussprache schließt sich an. Die abschließende Beratung ist für den 27. November 2002 vorgesehen.

**3 Finanzierung einer Ölpipeline ("Oleoducto de Crudo Pesado") durch Mittel der WestLB in Ecuador**

7

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch das Finanzministerium entgegen und vertieft seine Diskussion zum Thema des Tagesordnungspunktes.

**4 Außenwirtschaftskonzeption des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr - Welche Bezüge gibt es zur Eine-Welt-Politik des Landes NRW?**

16

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch das MWMEV entgegen, dem sich eine Aussprache anschließt.

**5 Klimaschutz und Ressourcenschonung JA; die europäische Klimaschutzpolitik darf den Wirtschaftsstandort NRW nicht gefährden**

18

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/2658

Der Ausschuss verständigt sich darauf, zum Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 13/2658, gegenüber dem federführenden Ausschuss kein Votum abzugeben.

- 6     Nordrhein-Westfälische Beziehungen zu Polen ausbauen:  
Chancen der Zusammenarbeit mit der NRW-Partnerregion Slaskie  
(Polen) stärker nutzen** 19

Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/2734

- kein Diskussionsprotokoll -

- 7     Kompetenzen der Euregios stärken - grenzüberschreitende  
Zusammenarbeit fördern** 19

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/1586

Kompetenzen der Euregios stärken. Der Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP, Drucksache 13/3231 wird einstimmig angenommen und der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/1586, für erledigt erklärt.

- 8     Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinien 92/51/EWG des Rates vom  
18.06.1992 über eine zweite allgemeine Regelung zur Anerkennung  
beruflicher Befähigungsnachweise und 2001/19/EG des Europäischen  
Parlaments und des Rates vom 14.05.2001 zur Änderung der Richtlinien  
89/48/EWG und 92/51/EWG des Rates über eine allgemeine Regelung  
zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise im Bereich der  
nichtärztlichen und ärztlichen Heilberufe** 20

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/2992  
Vorlage 13/1781

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/2992, mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU bei Enthaltung durch die FDP zu.

- 9     Verschiedenes**

Siehe Seite 21 des Diskussionsteils.

\*\*\*\*\*



**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/2800

in Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/2802

Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im

- a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident
- b) Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Der **Ausschuss** wendet sich zunächst der Beratung zum **Einzelplan 02 -Ministerpräsident -** zu:

**Ilka Keller (CDU)** möchte sich für ihre Fraktion durchaus zum Haushalt äußern, zumal dieser insgesamt schon wieder - um 8 % - gekürzt werde. Die Spannweite der Kürzungen reiche dabei von 5 % bis 42 %. Dieser Trend sei bedauerlich. Faktisch gebe es keinen Spielraum mehr für Weiterentwicklungen. Vonseiten der Opposition Anträge einzureichen, mache ohnehin keinen Sinn, würden solche Anträge doch sowieso durchweg abgelehnt. Andere Schwerpunkte müssten angesichts der zu bewältigenden Zukunftsaufgaben gesetzt werden. Sie appelliere an die Verantwortungsträger, sich noch einmal darüber Gedanken zu machen, ob pauschale Kürzungen von einem Jahr zum nächsten Sinn machten.

**Werner Jostmeier (CDU)** reicht den ihm gegenüber an anderer Stelle geäußerten Vorwurf weiter, das Land Nordrhein-Westfalen leiste keinen Beitrag bei der Gründung und Finanzierung von Städtepartnerschaften. Baden-Württemberg, Thüringen, Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und weitere auch SPD-regierte Länder würden nach ihm zugetragenen Informationen für die Unterstützung von Städtepartnerschaften gerade angesichts der Erweiterung der Europäischen Union in Richtung Osten hohe Beträge zur Verfügung stellen. - Treffe die gegenüber Nordrhein-Westfalen geäußerte Kritik zu? - Politik müsse sich ins Spiel bringen. Städtepartnerschaften seien nämlich ein hervorragendes Instrument, um für ein gedeihliches Miteinander der Menschen unterschiedlicher Nationalitäten zu sorgen. Gebe es einen Titel, aus dem Mittel für Städtepartnerschaften zur Verfügung gestellt würden? Bestehe seitens der Landesregierung Bereitschaft, einen solchen Titel gegebenenfalls zu installieren?

Sei aktuell bereits absehbar, möchte **Dietmar Brockes (FDP)** wissen, welche Titel durch die zweite Ergänzungsvorlage zum Haushalt betroffen würden.

**Gabriele Sikora (SPD)** widerspricht der Aussage der Abgeordneten Keller zum Thema "Kürzung bei den Ansätzen". Angesichts einer Gesamtsumme von gut 4,1 Millionen € ergebe sich bei der Kürzung in Höhe von rd. 150.000 € kein Acht-Prozent-Anteil. Außerdem seien auch - Stichwort: Benelux-Arbeit - Erhöhungen vorgenommen worden.

Erstmalig sei die Frage nach einer Landesförderung von Städtepartnerschaften gestellt worden. Traditionell könne sich Nordrhein-Westfalen auf eine hohe Zahl kommunaler Städtepartnerschaften stützen. Alleine mit polnischen Städten existierten 150 solcher Partnerschaften. Darüber hinaus gebe es Partnerschaften mit Frankreich, den Niederlanden, Großbritannien. Möglicherweise müssten in anderen Bundesländern Landesmittel zur Verfügung gestellt werden, weil es dort keine kommunal unterstützten Städtepartnerschaften gebe. Bei der Gelegenheit verweise sie auf die einschlägigen EU-Programme zur Pflege der kommunalen Städtepartnerschaften.

Zu der von der Abgeordneten Ilka Keller (CDU) in die Diskussion eingebrachten Prozent-Kürzungen teilt **Staatssekretärin Meckel** mit, dass der Finanzminister eine Generalvorgabe über eine Fünf-Prozent-Kürzung bei allen Sachtiteln über alle Ressorts hinweg verhängt habe. Insofern könne für den Einzelplan 02 lediglich von einer Drei-Prozentigen-Kürzung die Rede sein.

Eine vollständige Übersicht der in Nordrhein-Westfalen organisierten Städtepartnerschaften könne beim Städtetag abgefragt werden. Mitunter könne aus einer Städtepartnerschaft bei Hinzuziehung eines Landesressorts auch eine trilaterale Partnerschaft entstehen.

Zur "Zweiten Ergänzungsvorlage"! Der Finanzminister habe bekanntermaßen eine globale Minderausgabe ausgebracht. Die Beiträge sollten über die Einrichtungen erbracht werden. Eine konkrete Entscheidung seitens des Kabinetts stehe noch aus.

**Werner Jostmeier (CDU)** präzisiert, er sei nicht an einer Übersicht sämtlicher Städtepartnerschaften interessiert sondern wolle wissen, ob es über den Haushalt Möglichkeiten gebe, Städtepartnerschaften zu finanzieren. - Die EU-Förderung für Städtepartnerschaften sei ein ganz spezielles Kapitel.

**Staatssekretärin Meckel** möchte ihre zuvor gemachten Ausführungen lediglich als eine Art Hintergrundinformation verstanden wissen. Weder gebe es einen eigenen Titel noch sei dieser vorgesehen. Allerdings bestehe die Möglichkeit, projektbezogene Partnerschaften/Gemeinschaftsaktivitäten - z. B. im Euregio-Bereich - zu unterstützen.

Auf die Nachfrage der **Ilka Keller (CDU)**, wie viele Mittel zur Verfügung stünden und wo diese etatisiert seien, führt **Staatssekretärin Meckel** aus: Da es keinen eigenen Titel für Städtepartnerschaften gebe, bedeute dies gleichzeitig, dass es auch keine separaten Teile gebe, die für einen solchen Zweck zur Verfügung stünden. Allerdings gebe es projektbezogene An-

tragsmöglichkeiten. Dieser Ansatz sei insofern richtig, weil er zielorientiert und nicht institutionell verankert sei.

Sodann wendet sich der **Ausschuss dem Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** - in den ihn betreffenden Teilen zu:

**Dietmar Brockes (FDP)** bittet im Zusammenhang mit dem Aufgabengebiet des Eine-Welt-Beauftragten um einen Überblick.

**Ilka Keller (CDU)** weist auf die zahlreichen Einladungen hin, die ihr der Eine-Welt-Beauftragte bereits zugesandt habe. Sie gehe insofern von einem sehr aktiven/engagierten Beauftragten aus.

**Ministerin Bärbel Höhn** sagt die vom Abgeordneten Brockes gewünschte Auflistung zu.

### **3 Finanzierung einer Ölpipeline ("Oleoducto de Crudo Pesado") durch Mittel der WestLB in Ecuador**

**Ausschussvorsitzende Ute Koczy** erinnert daran, in seiner Sitzung am 30. September habe der Ausschuss diskutiert über die Umsetzung seines Beschlusses durch die Landesregierung und die Einhaltung der Weltbankstandards. Darüber hinaus habe man ausgiebig das Goodland-Gutachten erörtert.

Die Vertreter der WestLB hätten seinerzeit mitgeteilt, sie wollten die beiden Gutachter miteinander ins Gespräch bringen, um Erkenntnisse darüber zu erhalten, ob die Weltbankstandards eingehalten würden.

Sie, Koczy, habe angekündigt, dass der Ausschuss die Landesregierung bitten werde, Informationen über diesen Prozess zu gewinnen und sie dem Ausschuss zugänglich zu machen. Könnten dem Ausschuss solche Informationen heute vermittelt werden?

**Leitende Ministerialrätin Marienfeld** teilt mit, den von der Vorsitzenden erwähnten Gesprächskontakt habe es am 8. November 2002 gegeben. Das Klima dieser Besprechung sei sachlich gewesen. Stone & Webster hätten Dr. Goodland anschließend weitere Unterlagen zum Pipeline-Projekt vorgelegt. Dr. Goodland habe zugesichert, sein Gutachten auf der neuen Basis aller Unterlagen zu überarbeiten.



Anlage zu APr 13/717



## Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen

### Das Außenwirtschaftskonzept des MWMEV

#### - Eckpunkte -

Die NRW-Wirtschaft ex- bzw. importierte im Jahr 2001 Güter und Dienstleistungen für 116,56 bzw. 118,07 Mrd. €. Ausländische Unternehmen haben 1999 ca. 43,82 Mrd. € in NRW investiert. Die nordrhein-westfälischen Unternehmen investierten im Jahr 1999 für rd. 49,7 Mrd. € im Ausland. Nach einer aktuellen Liste der Welt-handelsorganisation WTO würde NRW mit 99,4 Mrd. US\$ beim Export an 18. Stelle weltweit liegen. Trotz allgemeiner konjunktureller Abschwächung ist NRW damit eine der größten Exportregionen der Welt.

Der internationale Wettbewerb wird weiterhin zunehmen und auch NRW vor neue Herausforderungen stellen. Darum ist gezielte Außenwirtschaftspolitik unverzichtbar für die Stärkung der mittelständischen Wirtschaft in NRW. Sie ergänzt andere Politikfelder der Ressorts, z.B. im Bereich der Technologieförderung, um Zukunftsmärkte vorzubereiten oder zu erschließen. Die neuen Schwerpunkte der NRW-Außenwirtschaftspolitik wurden über Wirtschaftsbereiche ermittelt, in denen NRW über besondere Kompetenzen verfügt und für die besondere außenwirtschaftliche Chancen bestehen. Es handelt sich um folgende Kompetenzfelder:

#### NRW-Kompetenzfelder

- Medien- und Internetwirtschaft
- Chemie
- Elektrotechnik
- Umwelt- und Entsorgungstechnik
- Maschinen- und Anlagenbau
- Fahrzeugbau und -zulieferer
- Life Sciences
- Zukunftsenergien
- Engineering
- Bergbautechnik
- Textilwirtschaft
- Möbel
- Logistik
- Verkehrstechnik (einschl. Luft- und Raumfahrt)

Folgende Kompetenzfelder müssen noch untersucht werden:

- Mikro- und Nanotechnologien
- Produktionstechnologien
- Neue Werkstoffe und Materialien

Anlage zu APr 13/717

- 2 -

Mit Blick auf diese NRW-Kompetenzfelder sollen die Kräfte und Möglichkeiten zukünftig auf folgende 14 Zielländer konzentriert werden:

### **Schwerpunktländer der NRW-Außenwirtschaft**

#### **Nordwesteuropa**

Niederlande  
Frankreich  
Großbritannien  
Belgien

#### **Mittel- und osteuropäische Länder**

Polen  
Ungarn  
Tschechische Republik

Russland

#### **Amerika**

USA  
Kanada  
Brasilien

#### **Asien**

Japan  
China  
Singapur

Diese Schwerpunktländer wurden bestimmt, weil ganz besonders dort die ökonomischen Größen, wie z.B. die Nachfrage und die Größe des Marktes, und darüber hinaus die bereits zwischen Unternehmen und Politik bestehenden Verbindungen der NRW-Wirtschaft herausgehobene Chancen bieten. Neben diesen Ländern gibt es noch weitere, die für einzelne NRW-Branchen ganz wichtig sind, z.B. südamerikanische Länder und Australien für die Bergbautechnik, und die moderne nordrhein-westfälische Energietechnik wird ebenfalls in vielen anderen Ländern einen wichtigen Markt finden.

### **Instrumente der Außenwirtschaftsförderung**

Die bisherigen Förderinstrumente **Außenwirtschaftsberatung, Messförderung (Firmengemeinschaftsstände, Kleingruppenförderung), Delegationsreisen und Firmenpools** sind analysiert, verbessert und um zusätzliche Instrumente ergänzt worden:

**Außenwirtschaftsportal:** Dies soll eine online-basierte Plattform sein, auf der u.a. außenwirtschaftliche Aktivitäten verknüpft (Kleingruppen), Veranstaltungen geplant oder relevante Informationen z.B. über Technologie- oder Brancheninitiativen und

Netzwerke eingeholt werden können. Die Einrichtung eines Außenwirtschaftsportals wird zur Zeit gemeinsam mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung NRW umgesetzt. Es ist in das „IXPOS-Projekt“ ([www.ixpos.de](http://www.ixpos.de)), dem Internet-Portal des Bundeswirtschaftsministeriums, integriert.

**Prämierung von KMU's:** Dies soll nicht in Form einer klassischen Preisverleihung, sondern als Best-Practice-Darstellung auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums erfolgen.

**Förderung von Marketingmaßnahmen:** Es werden Messevorbereitungsseminare für die an NRW-Firmengemeinschaftsständen teilnehmenden KMU durchgeführt. Des Weiteren werden PR-Maßnahmen für die Unternehmen vor Ort organisiert. Ein Messevorbereitungsseminar ist bereits erfolgreich in Kooperation mit dem AUMA, Verband der deutschen Messewirtschaft, als Pilotveranstaltung durchgeführt worden.

### **Controlling der außenwirtschaftlichen Aktivitäten**

Sämtliche außenwirtschaftlichen Aktivitäten werden einem systematischen Controlling unterzogen. Dieses Controlling ist ein Berichts- und Steuerungsinstrument für die weiteren außenwirtschaftlichen Aktivitäten

### **Außenwirtschaftskonzept als Kooperationsprojekt**

In NRW gibt es zahlreiche außenwirtschaftliche Akteure und Aktionsfelder: Die Kammern der Wirtschaft und des Handwerks, die Messegesellschaften, die Wirtschaftsförderungsgesellschaften, die Kommunen, Großunternehmen, oder Branchen- und Technologieinitiativen usw. Alle diese Akteure haben legitime und zum Teil unterschiedliche Einzelinteressen.

Das MWMEV begreift seine Außenwirtschaftsaktivitäten als Kooperationsprojekt mit der Wirtschaft. Es will dort Rahmenbedingungen und Strukturen stärken, wo dies vor allem für kleine und mittlere Unternehmen notwendig ist. Es will auf die Kompetenzen der Verbände und Großunternehmen zugreifen, wo dies möglich ist. Und es will Aktionen und Kompetenzen verknüpfen.

Deshalb ist das neue außenwirtschaftliche Konzept unter Beteiligung der wichtigsten außenwirtschaftlichen Akteure erstellt worden. Die weiteren Umsetzungsschritte werden mit den v.g. Beteiligten, Institutionen abgestimmt. Dies gilt insbesondere für das Controlling der jeweiligen Maßnahmen sowie für ressortübergreifende internationale Projekte der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen.

(Stand: Juli 2002)

Postanschrift: Ministerium für Wirtschaft und Energie, Energie und Verkehr NRW, Bereich Außenwirtschaft, 40190 Düsseldorf